

Stellungnahme
zum Kernlehrplan für die Sekundarstufe I des Gymnasiums
in Nordrhein-Westfalen
Wirtschaft-Politik
(Entwurf Verbändebeteiligung 25.02.2019)

Wir begrüßen die beabsichtigte Stärkung der ökonomischen Bildung im neu benannten Fach Wirtschaft-Politik:

1. Die **geänderte Fachbezeichnung** „Wirtschaft-Politik“ kann und sollte als deutliches Signal verstanden werden, die ökonomische Bildung als neben der politischen Bildung gleichgewichtigen Lernbereich des Faches in der Unterrichtspraxis wie auch in der Lehreraus-, -fort- und -weiterbildung wahrzunehmen.
2. Mit dem **Leitziel** einer gleichermaßen politischen wie ökonomischen Mündigkeit (siehe Kapitel 1 zu „Aufgaben und Zielen des Faches“) wird ein breiter gesellschaftlich-politischer Konsens beschrieben, dem wir uns uneingeschränkt anschließen.
3. Deutlicher als früher wird die marktwirtschaftliche Ordnung nach dem Leitbild der **Sozialen Marktwirtschaft** als institutioneller Rahmen für das Agieren der ökonomischen Akteure (private Haushalte, Unternehmen, Staat) herausgestellt.
4. Im Vergleich zum bisherigen Kernlehrplan Politik/Wirtschaft wurden im fachdidaktischen wie im öffentlichen Diskurs allgemein anerkannte **Inhaltsfelder** aus dem Lernbereich Wirtschaft neu aufgenommen (insbesondere das Inhaltsfeld 8 „Handeln als Verbraucherinnen und Verbraucher“) bzw. neu akzentuiert (z.B. Inhaltsfeld 9 „Europa als wirtschaftliche und politische Union“). Auch die Entrepreneurship Education mit der Perspektive selbstständiger Erwerbstätigkeit findet erfreulicherweise stärkere Beachtung.
5. Zu begrüßen sind die stärkere Fokussierung der Kompetenzerwartungen auf überprüfbares **fachliches Wissen und Können** sowie die Absicht, Kompetenzen an fachliche Inhalte zu binden.

Wir bezweifeln allerdings, dass die ambitionierten Zielsetzungen und umfangreichen inhaltlichen Vorgaben in der begrenzten Unterrichtszeit realisiert werden können:

1. Leider reichen acht Schuljahreswochenstunden für die ökonomische und politische Bildung angesichts der Vielzahl von Bildungsaufgaben, die von dem Fach Wirtschaft-Politik federführend wahrgenommen werden müssen, nicht aus. Zu nennen sind u.a.
 - die Verbraucherbildung (einschließlich der Finanzbildung),
 - die zwar nicht ausdrücklich erwähnte, im schulischen Alltag aber bisher überwiegend von den Lehrkräften des Faches Politik/Wirtschaft maßgeblich betreute berufliche Orientierung,
 - die Demokratiebildung,
 - die Medienbildung,
 - die Europabildung.
2. Um die ausdrücklich geforderten Freiräume für inhaltliche Vertiefungen und Ausweitungen zu erhalten, ist über Kürzungen der inhaltlichen Vorgaben des Kernlehrplans nachzudenken. Dafür machen wir weiter unten einige Vorschläge.

Der Entwurf unterscheidet nicht hinreichend zwischen den spezifischen Aufgaben ökonomischer und politischer Bildung.

1. Die Zusammenführung von ökonomischer und politischer Bildung unter dem gemeinsamen Dach des Faches Wirtschaft-Politik setzt eine Klärung der **Unterschiede und Gemeinsamkeiten** von politischem und ökonomischen Lernen voraus:
 - Was sind die zentralen Merkmale wirtschaftlichen Handelns? Was heißt es, die soziale Welt **ökonomisch** zu analysieren?
 - Was sind die Kernaufgaben von Politik? Was heißt es, die soziale Welt **politisch** zu analysieren?
 - Welche grundlegenden Interdependenzen bestehen zwischen Wirtschaft und Politik?

Diese höchst bedeutsamen Fragen dürfen in einem Kernlehrplan Wirtschaft-Politik nicht ausgeblendet werden.

2. Dem neuen Kernlehrplan liegt ein fachlich nicht näher ausdifferenziertes Konzept „sozialwissenschaftlicher“ Bildung zugrunde. In einem Kernlehrplan für ein Fach, das die beiden Lernbereiche Wirtschaft und Politik zu integrieren versucht, sollten die Wirtschaftswissenschaften und die Politikwissenschaft als die zentralen **fachwissenschaftlichen Bezugsdisziplinen** ausdrücklich benannt werden.

3. Da sich wissenschaftliche Disziplinen weniger durch ihre Gegenstände als durch ihre Problemstellungen und Methoden unterscheiden, kommt es entscheidend darauf an, neben den im Entwurf genannten allgemeinen bzw. fachunspezifischen Methoden, die einer großen Zahl von Fächern gemeinsam sind (z.B. die Analyse von Texten und Statistiken), auch **fachspezifische Methoden** für die Wissens- und Lernbereiche Politik und Wirtschaft zu identifizieren und mit Blick auf einzelne Inhaltsfelder zu konkretisieren. Es geht darum, Schülerinnen und Schüler sukzessive an ein **Denken in politischen und ökonomischen Kategorien** heranzuführen, mit denen sie die soziale Welt erschließen und begrifflich erfassen können:
- Im Bereich der ökonomischen Bildung bieten sich insbesondere die ökonomische Verhaltenstheorie und die Verhaltensökonomik als Deutungsmöglichkeiten wirtschaftlichen Verhaltens, das Marktmodell als Instrument zur Analyse von Interaktionen auf Märkten und das Kreislaufmodell als Strukturierungshilfe und heuristisches Instrument für die Erkenntnis ökonomischer Zusammenhänge und Interdependenzen an.
 - Im Bereich der politischen Bildung sollte auf den mehrdimensionalen Begriff von Politik als Inhalt, Form und Prozess (policy, polity und politics) und auf den diese Dimensionen zusammenführenden Politikzyklus rekurriert werden.

Auch wenn der KLP-Entwurf in der knappen Zeit bis zu seinem anvisierten Inkrafttreten zu Beginn des kommenden Schuljahres nicht mehr grundlegend verändert werden kann, halten wir es für notwendig und möglich, ihn durch Ergänzungen und Konkretisierungen im Sinne einer klareren Profilierung des Faches Wirtschaft-Politik zu modifizieren.

Zu S. 7ff. „Aufgaben und Ziel des Faches“

1. Es geht nicht nur um das „Verständnis gesellschaftlicher Grundwerte“, sondern auch um den **Einsatz** für diese Grundwerte (S.8, 1. Absatz).
2. Nach den beiden Absätzen zu den Aufgaben der ökonomischen und politischen Bildung (S. 7 unten und S. 8 oben) erscheint uns eine Klarstellung etwa in der folgenden Art angebracht:

Der Anspruch des Faches Wirtschaft-Politik, gesellschaftliche Realität mehrperspektivisch zu erfassen und zu deuten, kann nur eingelöst werden, wenn die Beziehungen zwischen Politik und Wirtschaft als Interdependenzen erkennbar und methodisch bearbeitbar werden: als Abhängigkeit der Politik von der Wirtschaft, als Abhängigkeit der Wirtschaft von der Politik und als Interdependenz der Ordnungen von Wirtschaft und Politik. Die Erkenntnis solcher wechselseitigen Abhängigkeiten und Verflechtungen von Politik und Ökonomie setzt voraus, dass bei der Analyse gesellschaftlicher Phänomene deren politischen und ökonomischen Dimensionen unterschieden werden: Handelt es sich im jeweiligen Fall vorrangig um ein politisches oder ein ökonomisches Problem? Oder um beides? Worin besteht die spezifisch politische, worin die spezifisch ökonomische Dimension des Problems?

Zu S. 12f. „Kompetenzbereiche“:

1. **„Sachkompetenz“:** Hier ist zwar von „fachspezifischen Erfassungsweisen, Erklärungsmustern, Modellen und Theorien“ die Rede. Diese sollten aber durch konkrete Hinweise zu den

Wissensdomänen Wirtschaft und Politik exemplarisch verdeutlicht werden. Wir schlagen im Anschluss an obige Erwägungen folgende **Ergänzung** vor:

Zur Analyse ökonomischer Sachverhalte und Zusammenhänge werden insbesondere Erkenntnisse der Verhaltensökonomik, der Ordnungstheorie und der Kreislauftheorie herangezogen. Zur Analyse politischer Probleme, Strukturen und Prozesse bietet sich der mehrdimensionale Politikbegriff mit der inhaltlich-normativen Dimension (policy), der institutionell-formalen Dimension (polity) und der prozessualen Dimension (politics) an.

2. **„Methodenkompetenz“:** Die angesprochenen „grundlegenden Kompetenzen in den Bereichen der fachlichen Begriffs-, Hypothesen - und Modellbildung sowie der empirische Zugriffsweisen“ bedürfen der **Konkretisierung**, wenn sie nicht völlig beliebig bleiben sollen. Wir schlagen daher folgenden Einschub vor:

Dies schließt insbesondere das schrittweise zu erweiternde Modell des Wirtschaftskreislaufs zur Einordnung und Analyse gesamtwirtschaftlicher Beziehungen und Interdependenzen sowie das sukzessive zu entfaltende Modell des Politikzyklus zur Veranschaulichung und Strukturierung komplexer Prozessabläufe ein.

Zu S. 13 ff. „Inhaltsfelder“:

1. Bei insgesamt 8 Schuljahreswochenstunden in der Sekundarstufe I stellen 5 obligatorische Inhaltsfelder in den Schuljahrgängen 5/6 und 9 obligatorische Inhaltsfelder in den Schuljahrgängen 7 bis 10 eine völlige Überforderung für Lehrende wie Lernende dar. Die Fülle der Themen und Inhalte lädt zur Oberflächlichkeit ein.
2. Wir schlagen vor,
 - in der Erprobungsstufe das Inhaltsfeld 3 („Nachhaltige Entwicklung...“) zu **streichen** und stattdessen an das Inhaltsfeld 1 („Wirtschaftliches Handeln in der marktwirtschaftlichen Ordnung“) zu koppeln,
 - in den Jahrgängen 7 bis 10 die Inhaltsfelder 10 („Globalisierte Strukturen in der Wirtschaft“) und 11 („Globalisierte Strukturen in der Politik“) zu **streichen und in die Oberstufe zur verlagern**.

Begründung:

- Nachhaltigkeitsfragen können sehr gut im Kontext des privaten Konsums (Bestandteil von Inhaltsfeld 1) thematisiert werden; dort müsste ein entsprechender Spiegelstrich eingefügt werden.
- Fragen der Globalisierung in Wirtschaft und Politik werden ausführlich in der gymnasialen Oberstufe thematisiert; auch sind sie teilweise Gegenstand des Erdkunde- und Geschichtsunterrichts der Sekundarstufe I.
- Es wäre sinnvoll, das Lernfeld 9 („Europa als wirtschaftliche und politische Union“) um einige Aspekte der Globalisierung anzureichern (z.B. die Selbstbehauptung und Verantwortung Europas in der Welt).

3. Bei allen Inhaltsfeldern (mit Ausnahme von Inhaltsfeld 2, S. 14 und Inhaltsfeld 4, S. 15) wird mit Recht der Begriff Ziel(e) verwandt; der fehlende Begriff sollte ergänzt und drucktechnisch hervorgehoben werden.

Anmerkungen zu den „Kompetenzerwartungen und inhaltlichen Schwerpunkten bis zum Ende der Erprobungsstufe“ (S. 18ff.)

1. Es sollte betont werden, dass den **Inhaltsfeldern 1 und 2** die Funktion von **elementaren Einführungen** in die das Fach konstituierenden Wissens- und Lernbereiche Wirtschaft und Politik zukommt und dass ihnen folglich mehr Unterrichtszeit als den folgenden Inhaltsfeldern einzuräumen ist.
2. Am Ende einer Unterrichtseinheit zum **Inhaltsfeld 1** („Wirtschaftliches Handeln in der marktwirtschaftlichen Ordnung“) sollten die Schülerinnen und Schüler die **Knappheit der Mittel und die sich daraus ergebende Notwendigkeit, fortgesetzt zwischen verschiedenen Möglichkeiten zu wählen**, als Kern wirtschaftlichen Handelns identifizieren.
3. Am Ende einer Unterrichtseinheit zum **Inhaltsfeld 2** („Sicherung und Weiterentwicklung der Demokratie“) sollten die Schülerinnen und Schüler über einen ersten, durchaus noch weitgefassten Begriff von **Politik** verfügen, zum Beispiel als die **Regelung der Angelegenheiten eines Gemeinwesens durch verbindliche Entscheidungen**.
4. Im Sinne einer stofflichen Entlastung sollte das **Inhaltsfeld 3** („Nachhaltige Entwicklung...“) gestrichen und stattdessen an das Inhaltsfeld 1 („Wirtschaftliches Handeln in der marktwirtschaftlichen Ordnung“) gekoppelt werden.

Anmerkungen zu den „Kompetenzerwartungen und inhaltlichen Schwerpunkten bis zum Ende der Sekundarstufe I“ (S. 26.ff.)

1. Die Ausführungen zu **Inhaltsfeld 1** („Wirtschaftliches Handeln in der marktwirtschaftlichen Ordnung“) verstehen sich offenbar als spiralcurriculare Fortführung des Unterrichts in der Erprobungsphase. Wenn Schülerinnen und Schüler am Ende der Schuljahrgänge 5/6 an vielfältigen Alltagssituationen die Notwendigkeit des „Wirtschaftens“ als elementares Merkmal ökonomischen Handelns erkannt haben sollten, müssten sie am Ende der Sekundarstufe I imstande sein,
 - erstens die möglichst effiziente Verwendung knapper Ressourcen, die möglichst gerechte Verteilung der produzierten Güter und die Sicherung einer möglichst stabilen gesamtwirtschaftlichen Entwicklung als **Grundfragen an eine jegliche Wirtschaftsordnung** zu identifizieren, auf welche verschiedene bestehende wie historische Wirtschaftsordnungen unterschiedliche Antworten (im Spektrum von marktlicher Koordination und staatlicher Lenkung) gefunden haben,
 - zweitens an ausgewählten Beispielen ordnende, distributive und stabilisierende **Aufgaben und Instrumente einer am Leitbild der Sozialen Marktwirtschaft orientierten Wirtschaftspolitik** zu erläutern und zu erörtern,
 - drittens an einem didaktisch reduzierten und immer wieder zu reflektierenden **Modell des Wirtschaftskreislaufs** grundlegende Beziehungen und Interdependenzen zwischen den

volkswirtschaftlichen Akteuren (private Haushalte, Unternehmen, Staat, Ausland) aufzuzeigen und Auswirkungen ökonomischer Ereignisse und wirtschaftspolitischer Entscheidungen zu analysieren.

Die unter „Sachkompetenz“ gewählte Formulierung „Grundprinzipien, Möglichkeiten und Probleme der Marktwirtschaft“ (S. 30) ist viel zu unbestimmt, um für die Planung und Realisierung eines kompetenzorientierten Wirtschaftsunterrichts handlungswirksam zu werden. Der unter „Urteilskompetenz“ geforderte Vergleich von „freier und sozialer Marktwirtschaft“ (siehe auch den entsprechenden inhaltlichen Schwerpunkt) ist hoch problematisch: erstens bedeutet „vergleichen“ nicht beurteilen, sondern fällt in den Bereich der Analysekompetenz, zweitens ist der analytische Gehalt der beiden Begriffe (anders als die ordnungstheoretische Unterscheidung zwischen Marktwirtschaft und Zentralverwaltungswirtschaft) denkbar gering, drittens werden die realen Gefahren (beispielsweise von Konzentrationsprozessen) für eine Wettbewerbswirtschaft ausgeblendet. Insgesamt werden in diesem Inhaltsfeld die Chancen verschenkt, eine differenzierte Vorstellung anzubahnen von der bestehenden Wirtschaftsordnung und von den wirtschaftspolitischen Aufgaben des Staates.

2. Auch im sehr gewichtigen **Inhaltsfeld 2** („Sicherung und Weiterentwicklung der Demokratie“) fehlt jeglicher Hinweis auf fachmethodische Zugriffe. Insbesondere der Rückgriff auf das Modell des Politikzyklus könnte helfen, den politischen Willensbildungs- und Entscheidungsprozess zu analysieren. Das Konzept des politischen Mehrebenensystems wäre hilfreich, Zuständigkeiten und Entscheidungsprozesse auf kommunaler, Landes- und Bundesebene zu unterscheiden und für die zunehmende Bedeutung der europäischen Ebene für die Entscheidungen auf nationaler und subnationaler Ebene zu sensibilisieren.
3. Es ist grundsätzlich zu begrüßen, dass im **Inhaltsfeld 4** Fragen der Rechtsordnung thematisiert werden; die Überschrift „Identität und Lebensgestaltung“ passt aber nur bedingt zu den darunter subsumierten Inhalten. Wenn es bei diesem Titel bleiben soll, wäre es naheliegend, an dieser Stelle Fragen der **beruflichen Orientierung** aufzugreifen, die in einem engen Zusammenhang mit Fragen der „Lebensgestaltung“ und Persönlichkeitsbildung stehen. Überhaupt findet sich nirgendwo im Kernlehrplan ein Hinweis auf die Berufsorientierung, die auch für die Schülerinnen und Schüler im S I - Bereich des Gymnasiums von Bedeutung ist und ihr Ankerfach in Wirtschaft-Politik haben sollte.
4. **Inhaltsfeld 6** thematisiert neben betrieblichen „Grundfunktionen und Strukturen“, dem Strukturwandel und dem Tarifkonflikt die Chancen unternehmerischer Selbstständigkeit“. Zu ergänzen wären hier die Zukunft der Arbeit, die betriebliche Mitbestimmung (nach dem Betriebsverfassungsgesetz) und die Ziele von Unternehmen.
5. **Inhaltsfeld 7** erfasst recht differenziert Prinzipien, Formen und Probleme der sozialen Sicherung in Deutschland.
6. **Inhaltsfeld 8** greift zentrale Postulate der ökonomischen Verbraucherbildung auf und erweist das Fach Wirtschaft-Politik eindeutig als Leit- und Ankerfach der Verbraucherbildung.
7. Das **Inhaltsfeld 9** „Europa als wirtschaftliche und politische Union“ ist grundsätzlich zu begrüßen, sollte aber um zwei Kategorien ergänzt werden:

- **Integrationsstufen:** Um die Entwicklung der EU, ihre Zukunftsentwürfe und die Anbindung anderer Staaten an die Union zu beschreiben bedarf es eines Stufenkonzepts der Integration (Freihandelszone, Zollunion, Binnenmarkt, Wirtschafts- und Währungsunion, politische Union).
 - **Mehrebenensystem:** Zur Beschreibung der Aufgaben und Kompetenzen der verschiedenen politischen Ebenen sowie deren Verschränkungen eignet sich das verbreitete Konzept eines europäischen Mehrebenensystems, das supranationale, nationale und subnationale Institutionen und Zuständigkeiten unterscheidet.
8. Die **Inhaltsfelder 10 und 11** zur wirtschaftlichen und politischen Globalisierung sind zwar notwendig, um den „langen Lehrgang“ des Faches Wirtschaft-Politik abzuschließen, Da sich aber im Unterricht der gymnasialen Oberstufe noch vielfältige Möglichkeiten bieten, ausführlich und gründlich die Globalisierung zu behandeln, schlagen wir angesichts der Zeitknappheit in der Sekundarstufe I vor, diese beiden Inhaltsfelder zu streichen. Wir halten es aber für sinnvoll, das Lernfeld 9 („Europa als wirtschaftliche und politische Union“) um einige Aspekte der Globalisierung anzureichern (z.B. die Selbstbehauptung und Verantwortung Europas in der Welt).

Sonstiges

1. Die Wochenstundenanteile der Fächer sollten eindeutig geregelt werden (APO S I). Die fachbezogenen Auseinandersetzungen sollten nicht auf der Ebene der einzelnen Schule bzw. Fachkonferenzen erfolgen.
2. Es wird zu viel Arbeit auf die Fachkonferenzen delegiert: die Ausgestaltung der Freiräume, die Bezüge zu S II, die Abstimmung mit Fächern im Bereich der Gesellschaftslehre etc.
3. Die Ziele des Medienkompetenzrahmens setzen kaum ökonomische Akzente. In der Erprobungsstufe weist nur eine von vier übergeordneten Kompetenzerwartungen und nur eine von sieben konkretisierten Kompetenzerwartungen wirtschaftliche Bezüge auf. In der Sekundarstufe sind die entsprechenden Relationen 1 zu 2 und 3 zu 8.

Für den Vorstand des VÖBAS e.V.:
 Dr. Karl-Josef Burkard (Vorsitzender)
 Dieter Peters (Landesprecher NRW)